



Protestierende Hausärzte am 1. April 2009: Auch die Senkung der Medikamentenmargen würde wieder die Grundversorger treffen. Photo: Urs Glenck.

Die FMH ist strikt gegen tiefere Medikamentenmargen und fordert fairen Dialog

Medienmitteilung
der FMH
vom 26. April 2009

Die FMH protestiert scharf gegen falsche Zitate aus dem Protokoll des EDI zum Gesundheitsgipfel. Demnach hätte FMH-Präsident Jacques de Haller einer Reduktion der Verkaufsmargen auf Medikamentenpreise zugestimmt. «Die FMH hat nie einen solchen Vorschlag gemacht und wird ihn auch nicht machen», so Jacques de Haller. Denn eine Reduktion der Verkaufsmargen würde erneut vor allem die Hausärzte treffen. Das EDI hat das Protokoll ohne Rücksprache mit den Beteiligten veröffentlicht. Mit solchen Aktionen des EDI wird der bereits sehr angespannte Dialog unter den diversen Playern des Gesundheitswesens verschlechtert, zum Leidwesen der Sache.

Abteilung Kommunikation

Korrespondenz:
FMH
Abteilung Kommunikation
Elfenstrasse 18
CH-3000 Bern 15
kommunikation@fmh.ch

Es belastet Sinn und Zweck eines runden Tisches dramatisch, wenn der Gastgeber der Runde, Gesundheitsminister Pascal Couchepin, entsprechende Protokolle mit unkorrekten bzw. irreführenden Aussagen und ohne Rücksprache mit den Beteiligten veröffentlicht. Die Abkehr der Bundesverwaltung von einer Dialogkultur ist Ausdruck des zunehmenden Drucks auf alle Player im Gesundheitswesen. Doch genau das führt in die falsche Richtung; vielmehr müssen die Player wirksame Massnahmen gemeinsam tragen. Voraussetzung dazu ist aber eine faire und konstruktive Dialogkultur.

«Bei Lichte betrachtet, ist es auch kaum vorstellbar, dass ich als Präsident der FMH Massnahmen gutheisse, die ausgerechnet auf dem Buckel der Hausärzte, also derjenigen Ärztesgruppe, die am stärksten unter Druck ist, ausgetragen werden», erklärt Jacques de Haller. Diesen Sachverhalt bestätigt auch der zweite Vertreter der FMH am runden Tisch, Chefjurist Hanspeter Kuhn: «Der FMH-Präsident hat am Treffen dargelegt, wieviel die praktizierenden Ärzte schon zu Kostensparrunden beigetragen haben und beitragen. Ausgehend von den konstant klaren Signalen des Bundesamts und des Departements an die FMH, dass

die Senkung der Medikamentenmarge durch den Bund längst beschlossene Sache sei, hat der FMH-Präsident darauf hingewiesen, dass auch diese Sparmassnahme die Ärzteschaft treffen wird und deshalb zu ihrem Beitragen an die gespannten Finanzlage im Gesundheitswesen zu zählen ist. Dies bedeutete und bedeutet indes natürlich kein Einverständnis der FMH zu dieser weiteren Sparmassnahme, die wiederum primär die Grundversorger treffen wird und welche der Bund angeblich fördern will.»

Die Ärzteschaft trägt bereits wesentlich zur Kostensenkung bei:

1. In den letzten Jahrzehnten ist das Arzteinkommen im Verhältnis zu den Einkommen anderer Berufe um 40 % gesunken.
2. Seit Einführung von TARMED im Mai 2004 ist die Kostenentwicklung in den Arztpraxen nach drei Jahren Kostenneutralität unter strenger Kontrolle.
3. Mit der jüngst vom EDI verfügten Senkung des Labortarifs erleiden die Grundversorger eine weitere erhebliche Einkommensverschlechterung.

Die Informationen, auf die sich die FMH am runden Tisch bezogen hat, war die Annahme, dass eine Inkraftsetzung der Absenkung der Vertriebsmarge um 3% eine beschlossene Sache war und im Jahr 2009 komme. Über eine konkrete Aussetzung der Massnahme, was die FMH sehr begrüsst hätte, war bis jetzt gar nichts bekannt.

Im September 2008 haben der Präsident und der Vizepräsident der FMH in einem Brief an den damaligen Bundespräsidenten Pascal Couchepin Klärung gefordert:

«[...] Vor den Sommerferien wurden wir seitens des Bundesamtes für Gesundheit darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Medikamentenpreise bei den Apothekern und den Ärzten per 1.1.2009 um drei Prozentpunkte gesenkt werden sollen. Das BAG hat uns bis

heute keine Zahlengrundlagen für die geplante Absenkung der Vertriebsmarge von 3% (Reduktion von 15% auf 12%) zur Verfügung gestellt. Unserer Meinung nach ist die Vorlage willkürlich, rechtlich nicht begründbar und rein politisch motiviert.

Wir ersuchen Sie deshalb, sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Senkung des preisbezogenen Zuschlags auf Medikamente im Umfang von 3 Prozentpunkten nicht weiter zu verfolgen. Dies im Interesse von zufriedenen Patienten, praktizierenden Ärzten und einer langfristig gesicherten Versorgung mit Medikamenten und ärztlichen Dienstleistungen. [...].»

Die Antwort vom Vorstehenden des EDI vom 27. Oktober 2008 war unmissverständlich:

«Daher ist es grundsätzlich gerechtfertigt, den preisbezogenen Zuschlag um 3 Prozentpunkte zu senken [...] Bezogen auf die Selbstdispensation stehen noch weit gewichtigere Reduktionsmöglichkeiten des Zuschlags im Raum. Auf diese soll nicht zuletzt im Interesse der Grundversorgung derzeit verzichtet werden und einzig eine generelle und keine differenzierte Absenkung des Vertriebsanteils vorgenommen werden [...]. Für ein Gespräch zu diesem spezifischen Punkt besteht daher derzeit kein Anlass. [...].»

Durch mündliche Kontakte mit dem BAG hat die FMH dann erfahren, dass die Massnahme erst im März und dann ab Juli 2009 in Kraft treten würde – von einer Aussetzung hat das BAG leider nie gesprochen. Aus diesen Gründen hat die FMH diese Massnahme nolens volens zu den von der Ärzteschaft zu tragenden Sparmassnahmen gezählt, was in Treu und Glauben nie einer Zustimmung entsprochen hat. «Ich bin enttäuscht über das Vorgehen des EDI und bedauere es, wenn die Berichterstattung zu falschen Annahmen vor allem bei den Hausärzten geführt hat», äussert de Haller nachdrücklich. Die FMH wird sich auch weiterhin strikt gegen tiefere Medikamentenmargen und gegen eine weitere Verschlechterung der Hausarztmedizin wehren.